

Untypische Zukunftssorgen in Amerika

Gedämpfte Töne in Präsident Obamas «State of the Union»-Botschaft

In untypisch gedämpfter Stimmung hat der amerikanische Präsident Obama seinen Bericht zur Lage der Nation vorgelegt. Entgegen dem Selbstverständnis gehört die Zukunft laut Obama nicht automatisch Amerika, sondern muss erst gewonnen werden.

Beat Ammann, Washington

Der amerikanische Präsident Obama hat in seiner Botschaft zur Lage der Nation vor dem Kongress in Washington die Gegenwart als den «Sputnik-Moment» seiner Generation bezeichnet. Der Vergleich bezieht sich auf den Oktober 1957, als die Sowjetunion den ersten künstlichen Satelliten in eine Erdumlaufbahn schoss und damit den Amerikanern und dem Rest der Welt die Überlegenheit ihrer Raumfahrttechnik vorführte. Heute stehe der schnellste Computer der Welt in China, nicht in Amerika, und Haushalte in Südkorea hätten besseren Zugang zum Internet als amerikanische, sagte der Präsident.

Sorgenkind Schulwesen

Entgegen dem Selbstverständnis der Amerikaner, wonach die Zukunft immer Amerika gehört, stellte Obama fest, die Zukunft müsse erst gewonnen werden. Die USA müssten wieder der beste Platz auf Erden werden, um Geschäfte zu machen und Arbeitsplätze zu schaffen. Ähnlich dem Apollo-Projekt, mit dem das Land auf den Sputnik reagiert und die Mondlandung erreicht habe, müsse es heute seine Energieproduktion neu erfinden. Der Präsident gab als Ziel vor, bis 2035 sollten 80 Prozent der elektrischen Energie aus sauberen Quellen stammen. Die USA sollen als erstes Land einen Fuhrpark von einer Million Elektroautos haben, und dies schon im Jahr 2015.

Da amerikanische Schüler und Studenten in ihren Qualifikationen hinter jene anderer Länder zurückfallen, rief der Präsident zu weiteren Reformen im Schulwesen auf. Er forderte Eltern auf, zu Hause den Fernseher auszuschalten und dafür besorgt zu sein, dass die Kinder büffeln. Er sagte, deren Vorbilder sollten nicht nur Sportstars sein, sondern auch Gewinner eines Wettbewerbs



Präsident Obama lässt sich nach seiner Rede im Kongress feiern. KEVIN LAMARQUE / REUTERS

über Wissenschaften. In Anspielung auf frühere Aufforderungen des Staates, der Armee beizutreten, wandte sich der Präsident an Jugendliche: «Your country needs you!» – Als Lehrer in wissenschaftlichen und technischen Fächern.

Schon im zweiten Satz seiner Rede hatte der Präsident darauf hingewiesen, dass der Stuhl von Gabrielle Giffords leer sei. Die Abgeordnete war in ihrem

Wahlkreis in Tucson (Arizona) niedergeschossen und schwer verletzt worden. Diese Gewalttat hatte bewirkt, dass Demokraten und Republikaner seither etwas pfleglicher miteinander umgegangen sind als sonst üblich. In symbolischer Überparteilichkeit hatten sich die Kongressmitglieder für die Rede nicht – wie sonst üblich – in getrennten Sektoren hingesetzt, sondern durchmischt.

Der Vorfall von Tucson mag dazu beigetragen haben, dass die Stimmung im Saal gedämpft war.

Dies passte zu den schwierigen Zeiten, die Amerika bevorstehen. Obama sagte, ohne Gegenmassnahmen werde das Land unter einem Berg von Schulden begraben. Daher kündigte er ein Einfrieren eines Teils der Ausgaben auf dem gegenwärtigen Stand für die nächsten fünf Jahre an. Das sei aber längst nicht genug. Der republikanische Minderheitsführer im Senat, Mitch McConnell, kritisierte am Mittwoch, damit werde das historisch hohe Ausgaben-niveau von heute fixiert. Er verlangte, die Ausgaben zuerst auf den Stand von 2008 zurückzuführen und dort einzufrieren.

Obama sagte, im Lichte der Finanznot sei es nicht länger tragbar, Amerikas Millionären die derzeit gültigen, gegenüber früher verminderten Steuersätze zu gewähren. Das Defizit im Staatshaushalt beträgt derzeit hohe 8,9 Prozent der Wirtschaftsleistung. Der Präsident will ferner die Unternehmensgewinnsteuern senken, im Gegenzug für die Beseitigung vieler Ausnahmeregelungen. Obama drang überdies darauf, das System der Einkommenssteuer und die Struktur der Verwaltung zu vereinfachen.

Streiten contra handeln

Der Präsident versuchte, seine Landsleute dazu zu bringen, mehr miteinander zu tun, als gegeneinander anzureden. Allerdings kann er nicht behaupten, er habe nun einen angemessenen Plan für die Bewältigung der drohenden Schuldenkrise vorgelegt. Seine Vorgaben blieben zu sehr an der Oberfläche und waren viel zu wenig radikal. Auch der Republikaner Paul Ryan, der namens seiner Partei auf Obamas Rede antwortete, zeichnete keinen realistischen Weg vor, sondern sprach etwas gar luftig über mehr Freiheit und weniger Staat. Immerhin erwähnte er, dass die Sozialversicherungswerke vom Sparen nicht ausgenommen werden könnten, was für viele Demokraten inakzeptabel ist. So bleibt die Frage offen, ob Amerikas Politik das Notwendige aus Einsicht zu tun vermag oder ob die Regierenden ohne vorgängige Bestrafung durch die Finanzmärkte im Streit verharren.

Meinung & Debatte, Seite 23

Erfolgserebnis für Berlusconi

Votum gegen Minister gescheitert

Tz. Rom · Die italienische Regierung hat am Mittwochabend mitten im Sturm um den Fall «Ruby» einen Achtungserfolg erzielt. Ein von der Opposition verlangtes Misstrauensvotum gegen den Kulturminister Sandro Bondi scheiterte mit 314 gegen 292 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die Regierungsgegner hatten Bondi die Verwahrlosung der weltberühmten Ruinenstadt Pompei zur Last gelegt. In der Ausgrabungsstätte waren im letzten November die antike Casa dei Gladiatori und drei andere Gebäude eingebrochen.

Neue Akten im Fall «Ruby»

Bondi hatte zur Sanierung des über vierzig Hektaren grossen «archäologischen Parks» zwar schon im Sommer 2008 den Notstand proklamiert und einen Sonderkommissar eingesetzt; doch schon zwei Jahre später kündigte er bereits wieder das Ende des Sonderregimes an. Bondi wurde von der Opposition auch deshalb gern angegriffen, weil er zu den ergebensten Anhängern Berlusconis zählt. Bis 1992 war er noch kommunistischer Bürgermeister der toskanischen Kleinstadt Fivizzano gewesen, doch schloss er sich darauf plötzlich Berlusconi an, dem er gar mit Gedichten huldigte.

Schon vor dem Misstrauensvotum erklärten Vertreter der Opposition, dass dieses voraussichtlich scheitern werde. Das nicht zuletzt auch wegen etlicher Absenzen von Regierungsgegnern im Abgeordnetenhaus. Umgekehrt wurde das Abstimmungsergebnis in Berlusconi Lager als Beweis dafür bezeichnet, dass die Regierung noch keineswegs am Ende sei. Berlusconi verfügt im Abgeordnetenhaus aber bloss noch über eine hauchdünne Mehrheit, die kaum mehr für eine bedeutungsvolle Regierungsarbeit ausreichen dürfte. Dabei sind die Folgen der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Fall der Beziehung Berlusconi zur Marokkanerin «Ruby» noch nicht absehbar; am Mittwoch deponierten die Mailänder Untersuchungsrichter neue belastende Akten beim Parlamentsausschuss, der ein Begehren für Hausdurchsuchungen bei Berlusconi prüft.

Föderalismus in der Schwebel

Ungewiss ist aber auch die endgültige Inkraftsetzung des Steuerföderalismus. Berlusconi Koalitionspartnerin Lega Nord hat mit vorgezogenen Parlamentswahlen gedroht, falls die Reform nicht planmässig verwirklicht werden kann. Das Vorhaben ist derzeit in der aus Vertretern des Abgeordnetenhauses und des Senats paritätisch zusammengesetzten Kommission zur Verwirklichung des Steuerföderalismus blockiert. Es herrscht eine Pattsituation, seit Berlusconi Ex-Alliierte Gianfranco Fini aus dem Regierungslager ausgeschieden ist und mit anderen Zentristen den Pol der Nation gebildet hat.

Gbagbo greift nach gesperrten Konten

Weiterhin Patt in Côte d'Ivoire

(ddp) · Der Wahlverlierer in Côte d'Ivoire, Laurent Gbagbo, hat das Vermögen der Westafrikanischen Zentralbank (BCEAO) in seinem Land beschlagnahmen lassen. Gbagbos Finanzminister Dallo erklärte am Dienstagabend, die Bank werde für drei Monate direkt der Regierung von Côte d'Ivoire unterstellt. Der international anerkannte Sieger der Präsidentschaftswahl vor fast zwei Monaten, Alassane Ouattara, verurteilte diesen Schritt am Mittwoch. Die Entscheidung sei unrechtmässig getroffen worden und damit ungültig. Jeder, der sich an der Umsetzung des Vorhabens beteilige, müsse mit Strafverfolgung rechnen. Die Bank hatte Ouattara als Wahlsieger anerkannt und Gbagbo bereits im Dezember den Zugang zu den Staatskonten gesperrt.

Wie viel Solidarität erträgt wirtschaftliche Dynamik?

Die erfolgreichen südlichen deutschen Bundesländer beklagen den Finanzausgleich als ungerecht und leistungsfeindlich

Nur noch vier Bundesländer sind Geber im deutschen Finanzausgleich. Die übrigen empfangen. Das wollen die Erfolgreichen nun nicht länger hinnehmen.

Ulrich Schmid, Berlin

Nichts möchte Deutschland so sehr sein wie ein gerechtes Land. Ungerechtigkeit ist der Begriff, der hierzulande jede Diskussion beendet. Gerechtigkeit, definiert als Gleichheit, ist dagegen Verfassungsauftrag. Die «Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse» ist Bestandteil des Grundgesetzes. Erreicht werden soll das grosse Ziel unter anderem durch den Länderfinanzausgleich, der dekretiert, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder «angemessen» auszugleichen ist. Der Finanzausgleich darf nicht verwechselt werden mit dem Solidaritätspakt, mit dem die westlichen Länder den «Aufbau Ost» unterstützen.

Sexy – mit offenen Händen

Laut noch nicht offiziellen Kalkulationen sind 2010 etwa 7 Milliarden Euro umverteilt worden. Fast die Hälfte davon, nämlich etwa 2,9 Milliarden, ging nach Berlin, ins Land also, das sich kokett als «arm, aber sexy» bezeichnet. Sachsen profitierte ebenfalls kräftig,

nämlich mit 843 Millionen Euro; Thüringen bekam rund 466 Millionen. In die Taschen greifen seit Jahren die gleichen Wirtschaftsstarke. Bayern bezahlte 2010 rund 3,5 Milliarden Euro, Baden-Württemberg und Hessen lieferten je 1,7 Milliarden. Hamburg steuerte immerhin rund 62 Millionen Euro bei.

Unmut über den Finanzausgleich ist seit seiner Einführung 1950 immer wieder laut geworden. Nun drohen die Geber mit einer Verfassungsklage, sollte der Ausgleich nicht zügig umgestaltet werden. Die drei Südstaaten empfinden das geltende System als ungerecht und leistungsfeindlich. Es gebe falsche Anreize und sei eine «finanzielle Hänge-matte», die in den Empfängerländern den Schlendrian fördere, hiess es. Den Nehmerländern fehlten Anreize, um aus dem System herauszukommen.

Europäische Parallelen

Man müsste mit Blindheit geschlagen sein, wollte man verkennen, dass die innerdeutsche Diskussion Parallelen aufweist zum europäischen Diskurs über den Euro und die Gefahren von Transferleistungen. Anders aber als «in Europa», wo handfestes Gezänk droht, sind die Pressionen der süddeutschen Länder wie so oft in der Bundesrepublik zunächst einmal mehr Getöse als Realpolitik. An einer gemeinsamen Sitzung sagten die Regierungschefs Seehofer,

Mappus und Bouffier dieser Tage beschwichtigend, natürlich ziehe man das Gespräch vor. Dennoch sind die Daumenschrauben angelegt. Schaut bis zum Sommer nichts Zählbares bei Verhandlungen heraus, soll das Verfassungsgericht bemüht werden.

Es wäre nicht das erste Mal, dass sich «Karlsruhe» mit dem Finanzausgleich beschäftigt. Mehrere Male schon ist das System auf Geheiss des Gerichtshofs revidiert worden, stets im Bemühen, die Empfängerländer mit mehr Anreizen zu wirtschaftlicher Eigenleistung zu stimulieren. Da jedoch das Solidaritätsprinzip auch nicht ganz ausser acht gelassen werden kann, hat sich der für deutsche Verhältnisse so typische Gesetzeswirrwarr entwickelt, der es allen recht machen, jedes Detail regeln und für jede Eventualität gerüstet sein will – und dadurch mehr neue Probleme schafft als alte löst.

Indignierte Nehmer

Es verblüfft deshalb auch nicht, dass die Reaktion der Empfänger zwar gereizt, aber nicht gerade hysterisch ausfiel. Berlins Oberbürgermeister Wowereit sprach von Schaumschlägerei; Hannelore Kraft, die Regierungschefin Nordrhein-Westfalens, die sich eben gewaltig verschuldet hat, warf den süddeutschen Ländern ein «merkwürdiges Verständnis von Solidarität» vor. Christine Lie-